

Kolumne

Die EZB in den Fängen der Politik

Gastbeitrag von Dr. Holger Schmitz, Vorstand der SCHMITZ & PARTNER AG



Die SCHMITZ & PARTNER AG – Privates Depotmanagement mit Sitz im Schweizer Tessin wurde 1997 zur individuellen Betreuung anspruchsvoller Kunden im Vermögensverwaltungsbereich gegründet. Sie arbeitet mit der 2005 ebenfalls von Dr. Holger Schmitz gegründeten Schmitz & Cie. GmbH – Individuelle Fondsberatung mit Sitz in München zusammen. Schmitz ist seit 1988 in der Vermögensverwaltung tätig und arbeitete mehrere Jahre bei der FIDUKA Depotverwaltung mit der Börsenlegende André Kostolany zusammen, bevor er sich 1993 selbstständig machte. Durch die Kooperation mit der Schmitz & Partner AG haben Anleger die Möglichkeit, in zwei sich ergänzende Vermögensverwaltungsfonds zu investieren: den Schmitz & Partner Global Offensiv sowie den Schmitz & Partner Global Defensiv.

Niedrige Staatsverschuldung, kaum Inflation und eine starke Währung – was die Schweiz auszeichnet, ist für die Eurozone nur ein Traum. Und zwar einer, der nicht in Erfüllung gehen wird. Doch was machen die Eidgenossen anders? Eigentlich ganz einfach: Sie verfügen mit der Schweizerischen Nationalbank (SNB) über eine komplett unabhängige Zentralbank, die sich nicht von der Politik ihren Kurs diktieren lässt.

Eine solche hatte nach dem Zweiten Weltkrieg auch Deutschland mit der Deutschen Bundesbank. Die D-Mark war eine harte Währung wie der Schweizer Franken. Zwar gab es auch hierzulande Versuche politischer Einflussnahme, beispielsweise vonseiten des damaligen Bundeskanzlers Helmut Schmidt, der eine vermeintlich zu restriktive Geldpolitik kritisierte. Er biss jedoch auf Granit. Die Währungshüter verwiesen auf ihr Mandat, die „Kaufkraft der Währung im In- und Ausland zu erhalten“, und ließen den Kanzler abblitzen.

Wiedervereinigung kostet die D-Mark

Für die Wiedervereinigung musste der seinerzeit regierende Bundeskanzler Helmut Kohl jedoch die D-Mark und die dominierende Rolle der Bundesbank aufgeben. In Großbritannien und insbesondere Frankreich gab es massive Vorbehalte gegenüber einem wiedervereinigten Deutschland. Der Preis für die Zustimmung war die Europäische Währungsunion, saß für Frankreich doch der größte Feind nicht in der damaligen Hauptstadt Bonn, sondern in Frankfurt. Genauer: in den Büros der Deutschen Bundesbank. Denn wann immer dort an der Zinsschraube gedreht wurde, mussten die Franzosen zu ihrem Verdruss nachziehen. Mit der Einführung des Euro im Jahr 1999 und der Bargeldausgabe 2001 sowie der Gründung der Europäischen Zentral-

bank (EZB) geschah, was die Franzosen bereits wussten und die Deutschen nicht glaubten: Es entstand eine Weichwährung vergleichbar mit dem französischen Franc oder sogar der italienischen Lira.

Das Problem der europäischen Geldpolitik ist also struktureller Natur. Die Notenbanker um EZB-Chefin Christine Lagarde verfügen über das gleiche Instrumentarium wie ihre Kollegen von der SNB und verstehen ebenso wie diese ihr Handwerk. Sie sind aber – und das ist der entscheidende Unterschied – politischen Zwängen unterworfen. Geld- und Fiskalpolitik werden in der Eurozone vermischt. Verschwendungssüchtige Politiker üben Druck auf die EZB aus, da sie ihre teuren Geschenke und sozialen Wohltaten für das Wahlvolk günstig finanzieren wollen.

Unabhängige Notenbank ist der Schlüssel

In der Schweiz ist das nicht der Fall, was sich in einem starken Franken mit all seinen Vorzügen widerspiegelt. Aus meiner Sicht ist eine unabhängige Notenbank der Schlüssel zu einer starken Wirtschaft. Natürlich hat es die EZB ein Stück weit schwerer, da sie eine Geldpolitik für ganz unterschiedliche Volkswirtschaften umsetzen muss. Dennoch stellt sich die Frage: Weshalb liegt der Kompromiss immer am unteren Ende, warum trifft man sich nicht auf einem höheren Niveau? Und wenn die Unterschiede zwischen den Ländern zu groß sind, dann müssen Staaten zumindest zeitweise die Eurozone verlassen. Die Politik muss ihre Hausaufgaben machen und ihre Haushalte in Ordnung bringen, d.h. mit den gegebenen Steuereinnahmen auskommen. Da das nicht geschieht, bleibe ich dabei: Anleger sollten anstelle von Weichwährungen wie den Euro lieber in Hartwährungen wie den Schweizer Franken investieren. ■